

Reglement über die Unterstützungsbeiträge an die familienergänzende Kinderbetreuung

vom 24. November 2017

Die Gemeindeversammlung der Einwohnergemeinde Densbüren erlässt, gestützt auf § 39 des Gesetzes über die öffentliche Sozialhilfe und die soziale Prävention (Sozialhilfe- und Präventionsgesetz, SPG) vom 6. März 2001 ¹⁾, das Gesetz über die familienergänzende Kinderbetreuung (KiBeG) vom 12. Januar 2016 und § 37 Abs. 2 lit. m des Gesetzes über die Einwohnergemeinden (Gemeindegesezt) vom 19. Dezember 1978 ²⁾, das nachstehende Reglement über die Unterstützungsbeiträge an die familienergänzende Kinderbetreuung.

I. Allgemeine Bestimmungen

§ 1

Grundsätze

¹ Die Einwohnergemeinde Densbüren unterstützt folgende Angebote der familienergänzenden Kinderbetreuung:

- Betreuung der Kinder in einer professionellen Kindertagesstätte / Tagesstrukturen der Wohnsitzgemeinde mit Betriebsbewilligung des Gemeinderats.
- Betreuung der Kinder in einer anderen professionellen Kindertagesstätte / Tagesstrukturen in der Schweiz.
- Betreuung der Kinder durch eine Tagesfamilie, die einem anerkannten Tagesfamilienverein angeschlossen ist.

² Keinen Anspruch haben Leistungsbezüger, deren Kinder durch Verwandte oder in nicht anerkannten Tagesstätten betreut werden.

³ Beitragsberechtigt sind die eigentlichen Betreuungskosten ohne Spesen und ohne Kosten für Mahlzeiten.

⁴ Die Beiträge werden den Kindern bzw. deren Eltern ausgerichtet.

⁵ Erhalten die Leistungsbezüger weitere Kostenbeiträge (z.B. Arbeitgeberbeiträge, Beiträge von Kirchen, karitativen Institutionen, etc.), so werden diese für die Bemessung des Beitrags der Gemeinde in Abzug gebracht. Die Leistungsbezüger sind verpflichtet, entsprechende Beiträge zu deklarieren.

§ 2

Personen-
bezeichnung

Die in diesen Richtlinien verwendeten Personenbezeichnungen beziehen sich auf beide Geschlechter.

II. Anspruch, Umfang

§ 3

Anspruch

¹ Anspruch auf einen Gemeindebeitrag haben Eltern resp. Elternteile (im Folgenden als Leistungsbezüger bezeichnet) mit Wohnsitz in der Gemeinde Densbüren, deren Kinder im Sinne von § 1 extern betreut werden und deren wirtschaftliche Verhältnisse unter den in diesem Reglement definierten finanziellen Limiten liegen.

² Beitragsberechtigt sind Kinder im Alter von 3 Monaten bis zum Abschluss der Primarschule.

³ Die Beitragshöhe richtet sich nach den tatsächlich bezogenen Betreuungstagen gemäss Abrechnung der jeweiligen Institution.

⁴ Die Erwerbstätigkeit muss bei Paaren mindestens 120% und bei Alleinerziehenden mindestens 20% betragen, damit ein Anspruch besteht. Eine Bescheinigung über eine Aus- oder Weiterbildung wird angerechnet.

§ 4

Beitragshöhe

¹ Im Anhang zu diesem Reglement werden die maximal subventionsberechtigten Tarife externer Kinderbetreuung festgelegt.

² Der Gemeindebeitrag ist abgestuft und richtet sich nach der Höhe des im § 6 dieses Reglements definierten steuerbaren Einkommens bzw. des steuerbaren Vermögens des Leistungsbezügers. Die Beitragssätze im Einzelnen sind im Anhang zu diesem Reglement ersichtlich, welcher durch die Gemeindeversammlung genehmigt wird (§ 20 Abs. 2 lit. i GG).

§ 5

Antragstellung

¹ Wer einen Anspruch auf einen Gemeindebeitrag geltend machen will, hat dies mit dem offiziellen Formular der Gemeinde zu beantragen.

² Gesuchstellende haben bei der Antragstellung der Gemeindeverwaltung schriftlich die Einwilligung zur Einsichtnahme in ihre Steuerdaten zu erteilen.

III. Berechnung des Beitrages

§ 6

Massgebendes Einkommen und Vermögen

¹ Massgebend ist das im Kanton Aargau für die Berechnung der Krankenkassenprämienverbilligung massgebende steuerbare Einkommen und Vermögen von erziehungsberechtigten Personen, bzw.

- a) von in ungetrennter Ehe lebenden Eltern bzw. Stiefeltern, auch wenn sie zwei Wohnsitze begründen, oder
- b) von im gleichen Haushalt lebenden, nicht verheirateten Eltern (Konkubinat) oder
- c) vom Elternteil, der vom Ehegatten getrennt ist und das betreute Kind bei ihm lebt, oder

d) vom geschiedenen Elternteil, unabhängig davon, ob er die elterliche Sorge allein oder gemeinsam mit dem andern Elternteil ausübt.

² Einkünfte und Vermögen des Stiefelternteils oder derjenigen Person, mit welcher der Elternteil in stabiler, eheähnlicher Beziehung (Konkubinat) lebt, sind anzurechnen.

³ Die Bestimmung einer stabilen, eheähnlichen Beziehung (Konkubinat) richtet sich nach der Definition in der Sozialhilfe- und Präventionsgesetzgebung des Kantons Aargau.

§ 7

Besondere Berechnungsgrundlagen

¹ Leistungsbezüger, die der Quellensteuer unterstehen, haben eine Kopie der jeweils aktuellsten Einkommens- und Vermögensnachweise einzureichen.

² Wenn wegen Zuzugs nach Densbüren keine Steuerdaten vorhanden sind, haben die Leistungsbezüger Kopien der aktuellsten Steuerveranlagung der früheren Wohngemeinde und auf Verlangen weitere Unterlagen einzureichen.

³ Leistungsbezüger, deren Einkommens- und Vermögensverhältnisse in der Zeit von Trennung oder Scheidung noch nicht geregelt sind, haben eine Kopie der jeweils aktuellsten Einkommens- und Vermögensnachweise analog den Steuererklärungen und eine Kopie des Dispositivs des Trennungs- oder Scheidungsurteils einzureichen.

§ 8

Festlegung des Anspruchs

¹ Die Gemeindeverwaltung berechnet aufgrund der letzten rechtskräftigen Steuerveranlagung des Leistungsbezügers im Zeitpunkt des Gesuchseingangs den Gemeindebeitrag. Sie kann zu Kontrollzwecken bei der Institution, bei der das Kind betreut wird, Auskünfte einholen, insbesondere über die effektiven Betreuungstage.

² Die Höhe des Gemeindebeitrages wird dem Leistungsbezüger mittels Verfügung eröffnet.

§ 9

Meldepflicht

Die Leistungsbezüger sind verpflichtet, Veränderungen, die eine Auswirkung auf den Gemeindebeitrag haben, (wie z.B. Heirat, Trennung, Todesfall eines Elternteils, Vermögensanfall etc.) unverzüglich der Gemeindeverwaltung Densbüren mitzuteilen.

§ 10

Neuberechnung des Beitrages

¹ Eine Neuberechnung des Gemeindebeitrages erfolgt, sobald eine neue rechtskräftige Steuerveranlagung des Leistungsbezügers vorliegt.

² Die Neuberechnung wird durch die Gemeindeverwaltung vorgenommen und es erfolgt eine neue Verfügung, wobei der Beitrag auf den 1. des Folgemonats geändert wird.

§ 11

- Auszahlung des Beitrages
- ¹ Besteht aufgrund der Verfügung gemäss § 8 ein Anspruch auf einen Gemeindebeitrag, so hat der Leistungsbezüger der Gemeindeverwaltung die Rechnung der Institution, bei der das Kind betreut wird, mitsamt einer Zahlungsquittung quartalsweise vorzulegen.
- ² Die Auszahlung des Gemeindebeitrages erfolgt durch die Abteilung Finanzen der Gemeinde Densbüren nach Vorliegen aller Unterlagen gemäss Abs. 1.

§ 12

- Zu- und Wegzug
- ¹ Bei Zuzug des Leistungsbezügers gilt der Anspruch ab dem ersten Tag des Zuzugs bzw. ab dem ersten Tag des Leistungsbezugs.
- ² Bei Wegzug des Leistungsbezügers aus der Gemeinde Densbüren fällt der Anspruch auf einen Gemeindebeitrag auf Ende des Wegzugsmonats automatisch dahin.

IV. Schlussbestimmungen

§ 13

- Verwirkung des Anspruchs
- Der Anspruch auf einen Gemeindebeitrag erlischt, wenn er nicht innerhalb eines Jahres seit der Inanspruchnahme der Dienstleistung der Betreuungsinstitution beantragt worden ist. Über Ausnahmen entscheidet der Gemeinderat.

§ 14

- Rückerstattung
- Unrechtmässig bezogene Gemeindebeiträge sind samt Zins von 5% vollumfänglich zurückzuerstatten.

§ 15

- Ausnahmen
- Auf begründetes schriftliches Gesuch hin kann der Gemeinderat in Härtefällen Ausnahmen zu diesem Reglement beschliessen.

§ 16

- Rechtsmittel
- ¹ Die Beitragsverfügung der Gemeindeverwaltung kann mittels schriftlicher Erklärung innert 10 Tagen beim Gemeinderat angefochten werden. Damit ist die Verfügung aufgehoben und der Gemeinderat entscheidet neu.
- ² Der Entscheid des Gemeinderats kann innert 30 Tagen seit Zustellung schriftlich beim Departement Gesundheit und Soziales angefochten werden.

§ 17

Inkrafttreten Dieses Reglement tritt auf den 1. August 2018 in Kraft.

Densbüren, 24. November 2017

NAMENS DER GEMEINDEVERSAMMLUNG

Gemeindeammann

Roger Meyer

Gemeindeschreiberin

Margrit Stüssi

ANHANG

1 Maximaltarife als Grundlage für die Beitragsberechnung

¹ Als Maximaltarif für die Berechnung des Gemeindebeitrags für eine ganztägige familienexterne Betreuung in einer Kindertagesstätte oder in einer Tagesfamilie gilt die jeweils aktuellste Empfehlung der Fachstelle für familien- und schulergänzende Kinderbetreuung (K&F in Ennetbaden).

² Erfolgt keine ganztägige Betreuung, so reduziert sich der vorstehend genannte Maximaltarif proportional.

³ Besteht für die konkrete Betreuungsleistung von Seiten K&F keine Empfehlung, so legt der Gemeinderat den Maximaltarif gestützt auf Vergleichswerte für die gleiche Leistung anderer Gemeinden fest.

2 Bemessungsgrundlagen für die Unterstützungsbeiträge der Gemeinde Densbüren

a) Beim für die Krankenkassenprämienverbilligung massgebenden angepassten steuerbaren Einkommen:

Tarif	Einkommen CHF	Gemeindebeitrag % der Betreuungskosten	Elternbeitrag % der Betreuungskosten
A	bis 40'000.00	80 %	20 %
B	bis 50'000.00	60 %	40 %
C	bis 60'000.00	40 %	60 %
D	bis 70'000.00	20 %	80 %
E	über 70'000.00	0 %	100 %

Der in der vorstehenden Tabelle genannte Prozentsatz des Gemeindebeitrags bezieht sich auf die tatsächlich anfallenden Nettokosten der externen Kinderbetreuung. Die Kosten sind durch die unter Ziffer 1 definierten Maximaltarifen begrenzt. Der Beitrag reduziert sich anteilmässig, wenn das Kind nicht ganztags betreut wird.

b) Vermögenskomponente

In Bezug auf das steuerbare Vermögen gelten ebenfalls die Bestimmungen der individuellen Krankenkassenprämienverbilligung im Kanton Aargau (Aufrechnung von 1/5 des steuerbaren Vermögens als Einkommen).

Beschlossen durch die Einwohnergemeindeversammlung am 24. November 2017.